

## Protokoll der Sitzung

des Begleitausschusses am 14.11.2016, Kreisverwaltung Neuruppin

<b>Anwesende:</b>	Martin Osinski, Waltraud Kuhne, Michael Breitschwerdt, Dieter Sarnow, Marlies Grunst, Matthias Puppe
<b>Entschuldigt:</b>	Dorothea Stüben, Veronika Lausch, Sven Lippke, Kerstin Schiefner, Nicola Krettek, Simone Zeil, Alexander Blocks, Birte Schmidt
<b>Federführendes Amt:</b>	Andreas Liedtke
<b>Koordinierungsstelle:</b>	Reinhard Löcher
<b>Gäste:</b>	Juliane Lang (für Demokratisches JugendForum Brandenburg e.V.) Andrea Isermann-Kühn (Coachin der Pfd-OPR)
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr

### TOP 1: Moderation, Tagesordnung, letztes Protokoll, Beschlussfähigkeit

Matthias Puppe übernimmt die Moderation. Das Gremium ist noch nicht beschlussfähig. Daher zunächst Vorstellung der Gäste. Juliane Lang ist als ehemalige LAP-Koordinatorin den Anwesenden bekannt. Sie ist eingeladen, den Projektantrag Theateraufführung "A wie Aufklärung" für das Demokratische JugendForum Brandenburg e.V. vorzustellen.

Andrea Isermann-Kühn ist seit September Coachin der „Partnerschaft für Demokratie“ OPR im Rahmen des Coaching-Angebots im Programm Demokratie leben. Ihr Aufgabe ist es, die kommunalen Träger und lokalen Akteurinnen und Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Partnerschaft für Demokratie, in der Aufbau- und Ablauforganisation vor Ort zu unterstützen. Frau Isermann-Kühn berichtet über ihre langjährige Erfahrung in der Projektarbeit. Sie war bereits an der Entwicklung der ersten Lokalen Aktionspläne in Brandenburg beteiligt.

Aktuell hat sie gemeinsam mit dem Federführenden Amt und der Koordinierungsstelle u.a. ein vereinfachtes Verfahren zur „Abwicklung“ von Projekten im Rahmen des Jugendfonds OPR entwickelt: ein "einfaches" Bewilligungsschreiben und ein Formular "Verwendungsnachweis" wurden erarbeitet und werden angewandt. Das Verfahren sieht derzeit vor, dass bewilligte Mittel aus dem Jugendfonds (max. 500 € je Projekt) nicht vorab ausgezahlt werden, sondern erst nach Ende des Projekts nach Vorlage der Belege zusammen mit dem Verwendungsnachweis abgerechnet werden können. Da es den Jugendlichen nicht immer möglich ist, in Vorkasse zu gehen, entstand die Idee von Patenschaften durch Mitglieder des Begleitausschusses. Es wird beschlossen, das Thema "Paten" als TOP 6 in die Tagesordnung aufzunehmen. „Sonstiges“ wird zu TOP 7.

## TOP 2: Informationen Federführendes Amt u. Koordinierungs- und Fachstelle

Für das FA weist Herr Liedtke auf eine wichtige Änderung in den neuen Leitlinien für die "Partnerschaften für Demokratie" hin. Demnach sei das FA nicht mehr „in der Pflicht“ ein Projekt zu fördern, dem der BgA zugestimmt hat. Das könne z.B. relevant sein, wenn wichtige Unterlagen fehlten. Wörtlich heißt es in der Leitlinien: "Der Begleitausschuss - entscheidet, welche Einzelmaßnahmen aus dem Aktions- und Initiativfonds der Zielerreichung der „Partnerschaft für Demokratie“ dienen und spricht eine Förderempfehlung aus." Es wird darüber diskutiert, wie diese Änderung zu bewerten ist. Frau Lang berichtet von einem Gespräch mit Thomas Heppener (Leiter Referat „Demokratie und Vielfalt“ im BMFSFJ). Nach seiner Aussage habe sich formal nichts geändert. Mit der neuen Formulierung solle aber die letztendliche Verantwortlichkeit der Kommune für die Förderung klar gestellt werden. Herr Puppe sagt dazu, dass die Form stimmen müsse, aber es keinen Sinn mache, dass das FA inhaltlich entscheide. Die neue Leitlinie ist auf der Internet-Seite von Demokratie leben! abrufbar, wird auf die Webseite der Pfd verlinkt und den BgA Mitgliedern per Mail zugesandt.

Reinhard Löcher berichtet für die Koordinierungs- und Fachstelle. Es ist gelungen, das Jugendforum OPR wieder "in Gang" zu bringen. Beim Treffen in Wittstock am 11.10. waren 13 sehr engagierte Jugendliche anwesend. Es lagen sieben Projektanträge vor. Fünf Anträgen wurde zugestimmt, einige davon sind bereits umgesetzt. Beim Jugendforum wurden zwei neue Jugendvertreter für den Begleitausschuss gewählt, nachdem Maire-Luise Thoms und Jan Abraham ihren Rückzug erklärt hatten. Einer der neu gewählten hat auch schon wieder zurückgezogen, daher wir beim nächsten Jugendforum am 22.11. in Rheinsberg erneut eine/r gewählt, und zudem zwei Stellvertreter\_innen bestimmt. Auch die Jugendvertreter im BgA müssen vom Kreistag formell ernannt werden. Herr Löcher gibt nach dem Treffen in Rheinsberg die Namen an das FA weiter.

Da erstmals Projekte von Jugendlichen über den Jugendfonds OPR gefördert wurden, ist einiges in der „Abwicklung“ der Projekte noch unklar. Herr Löcher zeigt sich aber zuversichtlich, die notwendigen Verwaltungsschritte mit Unterstützung der Coachin und des FA klären zu können.

Das Jugendforum und der Jugendfonds OPR werden/wurden in diesem Jahr 2016 durch die Koordinierungs- und Fachstelle und das Federführende Amt betreut und abgerechnet. 2017 soll der Jugendfonds OPR an einen externen Träger gegeben werden. Matthias Puppe bekräftigt die Bereitschaft der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Wittstock, den Jugendfonds 2017 übernehmen zu wollen, mit Schwerpunkt auf dem finanziellen Teil. Inhaltlich soll es beim Jugendforum weiter eine enge Kooperation mit der Koordinierungsstelle und ggfs. anderen Partnern geben. Für die Übernahme des Jugendfonds muss formal ein Projektantrag gestellt werden, über den der Begleitausschuss abstimmt.

**Nach zwischenzeitlicher Ankunft von Herrn Breitschwerdt stellt Herr Puppe nun die Beschlussfähigkeit fest. Es wird Punkt 6.2. „Terminplanung“ in die Tagesordnung aufgenommen. Die Änderungen der Tagesordnung werden einstimmig angenommen. Das Protokoll der letzten Sitzung wird bestätigt.**

**TOP 3: Projektantrag: Theateraufführung „A wie Aufklärung“  
Demokratisches Jugendforum Brandenburg e.V.**

Juliane Lang (ehemalige LAP-Koordinatorin in OPR) bedankt sich bei den Mitgliedern des Begleitausschusses für die frühere gute Zusammenarbeit.

Als Vertreterin des Vereins „Demokratisches JugendForum Brandenburg e.V.“ stellt sie den Projektantrag „Theateraufführung A wie Aufklärung“ vor. Es geht um ein Theaterstück des Kölner Nö-Theaters, das sich auf satirische Weise mit dem Thema der NSU-Morde und deren Aufklärung beschäftigt. Mit der Förderung soll eine Aufführung des Stücks in Neuruppin kofinanziert werden. Nach der Aufführung ist ein Gespräch geplant.

Anlass für die Tour des Theaters durch Brandenburg ist der NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Die Kosten für die Gagen sollen anteilig übernommen werden. Beantragt werden 680 €. Der Termin am 19.11. steht schon fest. Es gibt eine Kooperation mit den „bunten“ Netzwerken im Landkreis OPR.

Es gibt Nachfragen bezüglich des Anteils an der Komplett-Finanzierung und der geplanten bzw. bereits erfolgten Werbemaßnahmen. Hauptfinanziers der Theater-Tour durch Brandenburg sind die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung.

Ein Eigenanteil der Besucher ist in Neuruppin nicht geplant. Es wird darüber diskutiert, ob ein gewisser Eigenanteil für solche Veranstaltungen auch eine positive Wirkung haben kann, weil damit auch eine Wertigkeit ausgedrückt würde. Herr Osinski verweist darauf, dass freie Theater häufig am Ende um einen Obolus bitten, verbunden mit der Frage, wie sehr den Zuschauern die Aufführung gefallen habe.

Herr Breitschwerdt stellt die Frage nach der Wirksamkeit einer solchen Veranstaltung und ob diese messbar sei. Das Ziel sei sehr wohl überzeugend, aber ob es denn die beabsichtigte Wirkung habe, könne er nicht ermessen. Man wolle die Herzen der Menschen erreichen und sie zum Handeln anregen.

Frau Lang erläutert nochmals, dass das Nö-Theater bewusst einen satirischen Ansatz gewählt habe, um für dieses schwierige Thema breiten Raum zu schaffen. Das Thema solle in der öffentlichen Diskussion gehalten werden in einer Form, dass auch Schüler darüber reden könnten. Zur Abstimmung wird Frau Lange gebeten, den Raum zu verlassen.

**Der Begleitausschuss entscheidet über den Antrag: Ja:6 Nein:0 Enthaltungen: 0**

**Damit ist Antrag: „Theateraufführung A wie Aufklärung“ / DJB e.V. angenommen.**

**TOP 4: Aktuelles zu Rechtsextremismus/Rechtspopulismus im Landkreis**

Herr Osinski berichtet vom „Bürgerdialog Neuruppin“ zum Thema „Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?“, der am 10.11. im Ratssaal stattfand. Nach seiner Einschätzung waren unter den etwa 35 Menschen, die die Veranstaltung besuchten, acht „AfD-Kader“, die durch ihre aggressive Wortergreifungsstrategie die Diskussion immer wieder an sich rissen. Rechtspopulistische Parolen wurden zitiert und blieben weitgehend ohne Widerrede durch die überforderten Veranstalter. Anwesend waren Bernhard Schnittger (Europäische Kommission in

Deutschland), Anne Quart (Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg). Moderiert wurde die Diskussionsrunde vom Berliner Politikwissenschaftler Thomas Heinecke.

Nach Einschätzung von Frau Kuhne war die Veranstaltung „dilettantisch“ vorbereitet. Eine ähnliche Veranstaltung zwei Tage zuvor sei ebenfalls „aus dem Ruder gelaufen“.

Herr Osinski hatte den Eindruck, dass die AfD-Anhänger trainiert waren, und bewusst eingesetzt wurden, um die Veranstaltung zu stören. Daher müsste die Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten noch gezielter und detaillierter erfolgen.

In Wittstock sei es im Moment „ruhig“, berichtet Herr Puppe. Für den 9. November seinen Gedenken geplant aber ohne großes öffentliches Programm.

## TOP 5: Ergebnisse BgA-Klausur - Zukunft Lokaler Aktionsplan

Mit der Einladung wurde eine Zusammenfassung der Klausur-Ergebnisse als Entwurf vorgelegt. Das Papier versteht sich als Rohfassung für einen neuen Lokalen Aktionsplan. Es besteht Einigkeit darüber, dass darüber weiter im Detail gesprochen werden muss. Herr Liedtke schlägt vor, der BgA solle sich auf den nächsten Sitzungen jeweils mit einem der vier Leitziele beschäftigen, was allgemeine Zustimmung findet. Ziel soll es dabei sein, die Ziele ausdifferenzieren und konkrete Handlungsziele zu formulieren. Es soll auch der Versuch unternommen werden, eigene Projektideen zu entwickeln, um Projekte gezielt auszuschreiben.

Die Kernpunkte, die bei der Klausur herausgearbeitet wurden, sollen schon im neuen Antrag für die „Partnerschaft für Demokratie“ 2017 Berücksichtigung finden, mit dem Hinweis, dass dies der Beginn eines Prozesses ist, der zu einem neuen Lokalen Aktionsplan führt. Frau Kuhne bedankt sich für die gelungene Klausur-Tagung. Ebenso Herr Puppe, der anregt, die Impulse der Klausur auch an die Träger weiterzugeben.

Herr Breitschwerdt befürwortet den Vorschlag, der BgA möge eigene Projekte als Vorgabe entwickeln. Dies vereinfache aus seiner Sicht auch die Frage nach der Wirksamkeit.

## TOP 6: Patenschaften und Terminabsprache

Da jemand die Sitzung vorzeitig verlassen muss, wird die Terminabsprache vorgezogen.

Die anwesenden Mitglieder des Begleitausschusses einigen sich einstimmig auf folgende Termine für die **Sitzungen des Begleitausschusses im Jahr 2017:**

Montag, 23. Januar 2017

Montag, 20. März 2017

Montag 22. Mai 2017

Montag 17. Juli 2017

Montag 25. September 2017

Montag 20. November 2017

(die Termine werden auch auf der Webseite veröffentlicht)

## **„Patenschaften“ für den Jugendfonds**

Frau Isermann-Kühn (Coachin) erläutert die zu Beginn der Sitzung angesprochene Idee von Patenschaften für Jugendliche, die für ihre Projekte kein Geld vorstrecken können. Damit auch diese Jugendlichen einen Antrag über den Jugendfonds stellen können, könnte jeweils ein/e Vertreter/in aus dem Begleitausschuss Pate/Patin für ein solches Projekt werden, idealerweise sowohl inhaltlich als auch monetär. Konkret hieße das, für maximal 6 Wochen maximal 500 € für das Projekt vorzulegen.

Herr Puppe fragt, wer darüber entscheide. Herr Liedtke erklärt den Ablauf beim Jugendfonds: Jugendliche stellen einen Projektantrag bis maximal 500 € und stellen diesen beim nächsten Jugendforum vor. Das Jugendforum entscheidet, ob das Projekt gefördert wird. Das Geld kann, so Herr Liedtke, aber nicht prospektiv gezahlt werden, sondern wird erst nach Abschluss des Projekts und Vorlage der Belege erstattet. Für den Fall, dass weder ein unterstützender Träger, oder Eltern oder der/die Jugendliche(n) selbst in Vorleistung gehen können, käme der Pate/ die Patin ins Spiel. Dies sei natürlich auch Vertrauenssache und ein privates Risiko. Die Entscheidung, ein bestimmtes Projekt zu unterstützen, treffe natürlich jeder selbst. Herr Osinski bietet sich als „Kordinator“ für die möglichen Patenschaften an. Wer mitmachen will, solle sich bei ihm melden.

Herr Puppe sieht ein zeitliches Problem, wenn man die Jugendprojekte auch inhaltlich sinnvoll begleiten wolle.

Das Problem, finanziell in Vorleistung zu gehen, ist aus seiner Sicht vielleicht im nächsten Jahr gar keins. Er habe in seinem Zuständigkeitsbereich einen „Verfügungsfonds“. Wenn der Evangelische Gesamtkirchenkreis Wittstock also 2017 den Jugendfonds OPR übernimmt, wären private Patenschaften gar nicht notwendig.

## **TOP 7 Sonstige -**

### **Demokratiekonferenz**

Die „Partnerschaft für Demokratie“ muss im Rahmen des Förderprogramms Demokratie leben! jedes Jahr mindestens eine „Demokratiekonferenz“ durchführen. Es gibt einen ersten Gedankenaustausch zu möglichen thematischen Schwerpunkten und der organisatorischen Form. Die Frage: „Wie muss eine Demokratie aufgestellt sein?“ könnte ein Motto sein, so Herr Puppe.

Herr Osinski beschreibt die „Problemlage“ so: „Vor zehn Jahren hatten wir es mit knallharten Nazis zu tun, jetzt gibt es da eine Partei, die wählbar ist, aber nicht demokratisch. Wir müssen uns mit der Partei oder deren Wählern auseinandersetzen.“ Es wird darauf hingewiesen, dass 2017 ein wichtiges Wahljahr ist.

Für Neuruppin sei das Format eines Stadtforums mit professioneller Moderation als basisdemokratisches Instrument vorstellbar. Die Idee einer dreigeteilten Konferenz in Neuruppin, Fehrbellin und Kyritz wird geäußert. (Hr. Liedtke?)

Die grundsätzliche Frage: Soll die Konferenz eine offene Veranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger sein oder eher eine Fachveranstaltung für Menschen, die sich z.B. mit Demokratieförderung oder einem anderen spezifischen Thema beschäftigen?

Der Schwerpunkt der Ansprache müsse auf den Bürgern liegen, wird geäußert, es dürfe sich niemand ausgegrenzt fühlen. Frau Grunst ist der Meinung, man müsse sich mit der Klientel, die sich generell ausgegrenzt fühle, auseinandersetzen.

Herr Breitschwerdt merkt an, dass man bisher immer nur reaktive Ansätze verfolgt habe und sich nur um einen kleinen Teil der Gesellschaft gekümmert habe.

Der Rechtspopulismus wird als Problem ausgemacht, gegen das etwas unternommen werden muss.

Eine Veranstaltung „Analyse des Rechtspopulismus“, so Herr Puppe, würde aber die sogenannte „Mitte der Gesellschaft“ nicht erreichen. Er fragt „Wo sind die Grenzen der Demokratie“. Es gehe um eine klare Definition. Herr Puppe erzählt, dass beispielsweise die AfD im Landeskirchenrat nicht ausgeschlossen sei. Die AfD nutze aber die Freiheit der Demokratie um diese zu bekämpfen. Frau Kuhne findet, Demokratie ermöglicht manchmal zu viel. Es ist nicht mehr klar, wo der Rahmen ist. Sie berichtet über erschreckende Zahlen, dass bei einer Umfrage 15% Prozent der AfD Anhänger Lehrer waren.

Die Diskussion soll bei der nächsten BgA Sitzung am 23. Januar 2017 fortgeführt werden. Dann wird auch ein Termin für die Konferenz festgelegt.

Die nächste Sitzung des Begleitausschusses findet am 23. Januar 2017 um 17 Uhr statt.

Protokoll: Reinhard Löcher